
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 16. April 2018**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	"Konstanz anders!?" - Ethnographische Erkundungen in der Flüchtlingshilfe; Vortrag zum Forschungsprojekt im Landkreis Konstanz durch Fr. Dr. Becker	2018/065
2.	Beteiligungsstruktur Ehrenamtliche	2018/068
3.	Aktuelle Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe	2018/069
4.	Integrationskonzept; Sachstandsbericht	2018/077
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1.	Bundesteilhabegesetz; Sachstandsbericht	
5.2.	Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Konstanz gGmbH; Zertifizierung als Bildungsträger	
5.3.	Reform der Pflegeausbildung; Anfrage Kreisrat Hoffmann	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Vorsitzender und Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Brennenstuhl, Heinz

Czajor, Marion

Demmler, Kurt

Engelhardt, Udo

Faden, Jürgen

Hänßler, Peter (als Vertreter für den entschuldigten **Keck**, Jürgen, MdL)

Häusler, Bernd

Happle-Lung, Ines

Herberger, Veronika

Hirschle, Franz

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Müller-Fehrenbach, Wolfgang (als Vertreter f. den entsch. **Bodman**, Johannes, Freiherr v.)

Sarikas, Zahide

Schäuble, Martin

Schwede, Anke

Storz, Hans-Peter

Volz, Tobias

Zoll, Wolfgang, Dr.

Beratende Mitglieder

Eberwein, Bernd, Dr.

Ehret, Matthias

Grams, Christian

Zedler, Reinhard

Entschuldigt:

Bodman, Johannes, Freiherr von

Both, Hubertus, Dr.

Keck, Jürgen, MdL

Repnik, Hermann

Auf besondere Einladung nehmen teil

Becker, Franziska, Dr. (TOP 1)

Massmann, Renate (save me e. V./TOP 3)

Verwaltung

Nops, Harald

Brumm, Monika

Egenhofer, Ludwig

Goßner, Axel

Kurz, Anja (TOP 2, 3)

Schönbucher, Cornelia

Singler, Barbara (TOP 4)

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. **"Konstanz anders!?" - Ethnographische Erkundungen in der Flüchtlingshilfe: Vortrag zum Forschungsprojekt im Landkreis Konstanz durch Fr. Dr. Becker**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Frau **Dr. Becker** stellt ihren Bericht anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Vorsitzender

Es trifft zu, dass wir auf das, was wir bisher geschafft haben, stolz sind. Aber damit ist noch nicht alles geschafft.

Kreisrätin **Sarikas**

Vielen Dank für die Präsentation. Der lokalen Presse war ein Bericht zu diesem Vortrag zu entnehmen, der den Eindruck erweckte, dass die Forschungsarbeit nicht im Landkreis Konstanz, sondern in Berlin gemacht wurde. Es wurde insbesondere über Clanstrukturen berichtet.

Die Studie wurde im Jahr 2015, als die erste große Flüchtlingswelle nach Deutschland kam, gemacht. Viele Menschen sind seither zwar physisch aber noch nicht psychisch in Deutschland angekommen.

Ab wie vielen Personen spricht man von einem Clan?

Welche Fragen wurden bei der Forschungsarbeit an Männer gerichtet? Sind bei den Befragungen auch Frauen zu Wort gekommen?

Vorsitzender

Die Fragen werden gesammelt und von Frau **Dr. Becker** am Schluss beantwortet.

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Welche Gründe sprachen dafür, diese Forschungsarbeit ohne erklärende Kommentare oder Lösungsvorschläge bereits am Wochenende vor der Sitzung des Sozialausschusses in der Presse zu veröffentlichen? Das wirkte wie Stimmungsmache.

Gibt es bereits Kontakte zwischen den verschiedenen islamischen Religionsgemeinschaften und dem Integrationsmanagement des Landkreises?

Vorsitzender

Zur ersten Frage (von Kreisrätin **Dr. Hofer**) wird angemerkt, dass das kein ungewöhnliches Verfahren war. Das Landratsamt verschickt die Sitzungsunterlagen für die öffentliche Sitzung nahezu zeitliche sowohl an die Mitglieder des Ausschusses als auch an die Presse.

Kreisrat **Dr. Zoll**

Vielen Dank für die objektive Erhebung. Die erwähnten Clanstruktur fallen besonders auf. Es besteht allerdings auch Stolz darüber, dass bisher schon viel erreicht wurde. Es ist wichtig, eine Zwischenbilanz zu ziehen und nicht mehr zurückzufallen.

Manchmal stellt man sich den Integrationsprozess linear vor: Zuerst erfolgt ein Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft, dann in der Anschlussunterbringung und dann erfolgt die Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Manchmal kann in den Anschlussunterbringungen allerdings auch ein gewisser Integrationsrückschritt beobachtet werden. Das kann anhand einiger Beispiele belegt werden.

Es stellt sich daher nicht nur die Frage nach der Quantität, sondern vielmehr auch die Frage, ab welcher Qualität von einem Clan zu sprechen ist. Wie kann man Parallelstrukturen entgegenwirken, denn diese bilden und etablieren sich teilweise momentan.

Vorsitzender

Die Menschen, über die jetzt gesprochen wird, haben, sobald sie einen Aufenthaltsstatus erhalten, ein befristetes Bleiberecht. Diese Befristung dauert zwei oder drei Jahre. Danach kann man einen Weiterbewilligungsantrag stellen. Es handelt sich hierbei aber nicht um das gängige „Asyl“, das man im Sprachgebrauch kennt, sondern um einen befristeten Schutz. Das muss bei den weiteren Überlegungen berücksichtigt werden.

Seit Bestehen der Bundesrepublik wurden in Deutschland etwa 40.000 Asylanträge positiv beschieden. Das darf nicht damit verwechselt werden, worüber momentan berichtet wird. Die aktuellen Aufenthaltserlaubnisse führen nicht zur Gewährung von Asyl, sondern zur Gewährung von befristetem Schutz, der sich in einem Aufenthaltsrecht für eine bestimmte Zeit widerspiegelt.

Kreisrat Hoffmann

Auch aufgrund der Berichterstattung der Presse ist klar, dass heute auch über das Thema Clanstrukturen beraten wird. Das ist natürlich eine unzulässige Reduzierung des Vortrags von Frau **Dr. Becker**, der auch viele andere Fragen gestellt hat.

Das Thema „Clan“ hat die Gemüter erregt und nachdem in der Zeitung auf einer ganzen Seite darüber berichtet wurde, hat man nun auch die Chance, hierüber zu sprechen und sich die Frage zu stellen, was das eigentlich bedeutet.

Im Grunde genommen bedeutet diese Information nichts Neues, sondern sie beschreibt, dass diese Situation, die in vielen größeren Städten bereits zum Alltag gehört, nun auch im Landkreis Konstanz angekommen ist. Andere Länder sind mit diesem Thema schon 20 Jahre weiter. Parallelgesellschaften führen nirgendwo zu befriedigenden Ergebnissen, insbesondere auch nicht bei der angestrebten Integration. Zudem ist das Risiko von Kriminalität und Extremismus erhöht. Das muss benannt werden.

Also muss die eigentliche Frage lauten, was ein Landkreis in seiner „Kleinheit“ mit rund 280.000 Einwohnern erkennen und ganz konkret tun muss, damit er nicht dieselben Probleme erhält. Ggf. besteht in Singen schon ein solches Problem.

Frau **Dr. Becker** machte mit ihrer Studie nun einen Aufruf, sich darüber Gedanken zu machen. Es liegt daher nahe zu schauen, wie andere Kommunen damit umgehen.

Der Sozialausschuss des Landtags hat vor zehn Jahren die französische Stadt Marseille besucht. Marseille ist die Stadt in Westeuropa, bei der das Thema „ethnologische Verwerfung“ am stärksten angekommen ist. Das liegt u. a. auch an der Lage am Mittelmeer. Wir haben uns damals drei Tage lang damit beschäftigt, was die Stadt tut, um mit diesem Thema klar zu kommen.

Die Verantwortlichen der Stadt Marseille, insbesondere auch der dortige Sozialbürgermeister, der Regionalpräsident und der Polizeichef gaben in unterschiedlichen Situationen immer wieder den gleichen Rat: Man muss die Kinder und Jugendlichen erreichen. Das ist die Zielgruppe, die beim Thema Clanbildung unbedingt verstärkt in den Blick genommen werden muss. Mütter und Väter dürfen dabei natürlich nicht vernachlässigt werden.

Wenn man allerdings dafür sorgen will, dass Clanbildung nicht generationsweise vorangetrieben wird, muss man die Kinder und Jugendlichen erreichen. Maßgabe dafür war in Marseille, dass kein Kind und kein Jugendlicher ohne Schulbesuch bleiben darf. Der Schulbesuch müsste notfalls erzwungen werden, so die Aussage in Marseille.

Zudem darf auch niemand ohne Ausbildungsoption sein. Selbst wenn jemand keinen Schulabschluss vorweisen kann, muss ihm eine Berufstätigkeit ermöglicht werden. Ansonsten wird dies zu Frustration führen und zur nächstwachsenden Generation, die sich ihre Sicherheit in dieser Clanstruktur suchen wird, weil die Gesellschaft ihnen diese Sicherheit nicht bieten kann.

Das gibt einem sehr zu denken. Im Landkreis Konstanz ist dazu schon einiges in Arbeit. Im Jugendhilfeausschuss wird demnächst darüber beraten, ob es künftig eine noch intensivere Betreuung dieser Jugendlichen, insbesondere auch an den Schulen in Singen, geben wird.

In der Beschäftigungsgesellschaft wurden Maßnahmen getroffen, um diese Kinder und Jugendlichen durch zusätzliche Klassen und zusätzliche Lernprogramme zu erreichen. Aber man erreicht damit noch lange nicht alle.

Was müsste aus Sicht von Frau **Dr. Becker** konkret getan werden in Bezug auf den Fokus Kinder und Jugendliche?

Wenn es die Finanzen des Landkreises zulassen würden, hätte ich nichts dagegen, nochmals nach Marseille zu fahren, um die Arbeit vor Ort anzuschauen. Es müsste keine Woche sein.

Die Stadt wird in der Presse weiterhin negativ erwähnt, aber es gibt dort beispielhafte Programme für Kinder und Jugendliche. Laut Bericht von Frau **Dr. Becker** gibt es im Hegau bereits ein kleines „Marseille“.

Vorsitzender

Danke für die Anregung. Mit den Bürgermeistern fanden bereits zwei Informationsfahrten statt. Eine Fahrt zu diesem Thema führte vor etwa fünf Jahren in die Vorstädte der französischen Hauptstadt Paris. Viel lernen konnte man dabei allerdings nicht.

An den Schulen dort wird zwar eine klare Struktur vorgegeben, die aber hinterher in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit keine Erfolge erzielt. Die beruflichen Schulen in den Vororten von Paris hatten eine Mauer, ähnlich wie bei einem Gefängnis, um sich herum. Am Eingang gab es eine „Vereinzlungsanlage“ und auf den Fluren der Schule patrouillierten Sicherheitsdienste. Es wird vermutet, dass die Wissensvermittlung dort nicht so sehr im Vordergrund stand wie die Disziplinierung und Beaufsichtigung.

Im vergangenen Jahr haben die Bürgermeister des Landkreises Konstanz die Stadt Berlin (Stadtteil Neukölln) besucht. Die dortige Bezirksbürgermeisterin hat sehr detailliert berichtet, was in Neukölln los ist. Auf die Frage, warum dies gerade dort so schlimm sei, antwortete sie, dass dies nicht nur in Neukölln so sei. Sie würde dieses Thema nur eben besonders aufgreifen. Die Nachbarstadtteile hätten ebenfalls damit zu kämpfen. Von Neukölln konnte man lernen, dass es richtig und wichtig ist, Konsequenz zu zeigen.

Es ist eine Überlegung wert, zu diesem Thema eine Exkursion zu veranstalten. Das wäre ein Unikat, das bisher mit dem Kreistag noch nicht gemacht wurde.

Kreisrätin Schwede

Vielen Dank für den interessanten Vortrag.

Wie groß sind die Clans, die im Vortrag genannt wurden?

Von wie vielen Menschen spricht man hier insgesamt? Bisher wurde nur die Stadt Singen genannt. In Konstanz sind solche Strukturen bisher nicht bekannt. Ein kleines „Marseille“ gibt es im Hegau aber hoffentlich noch nicht.

Der gute Ansatz in Konstanz, Anschlussunterbringungen dezentral zu platzieren, wird leider momentan verlassen. Die bisherigen Gemeinschaftsunterkünfte werden mittlerweile auch als Anschlussunterbringungen genutzt. So z. B. auch temporär in der Güterstraße, Steinstraße und Luisenstraße. Das ist sehr bedauerlich.

Vielleicht könnte auch noch etwas dazu gesagt werden, worauf alles geachtet werden

sollte, außer dass genügend Duschen vorhanden sein müssen. Es sollte nicht nur eine Gemeinschaftsküche, sondern auch genügend Kochgelegenheiten geben. Zudem sollte auf die Situation der Frauen durch entsprechende Sozialarbeit geachtet bzw. reagiert werden.

Kann der letzte Satz „wir sind stolz darauf, was wir bisher geschafft haben“ mit entsprechenden Beispielen belegt werden?

Kreisrat **Storz**

Die Strategie des Landkreises, bestimmte Ethnien auch wegen ihrer Sprache und ihrer Werte zusammenzubringen um weniger Konfliktpotenzial zu haben, wurde bisher als klug empfunden. Was würde man damit erreichen, wenn man mehr „durchmischen“ würde?

In Bezug auf die Vereine konnte persönlich bereits die Erfahrung gemacht werden, dass Flüchtlinge ganz gut in Sportarten integriert werden können, die vielen Jungs bekannt sind wie bspw. Fußball oder Ringen.

Obwohl Einladungen der Sportvereine an die Gemeinschaftsunterkünfte verteilt werden, wurde bisher die Erfahrung gemacht, dass es kaum möglich ist, Frauen zu erreichen. Gibt es Erfahrungen dazu, wie man Frauen besser ansprechen bzw. erreichen könnte?

Vorsitzender

Es wird nochmals klargestellt, dass die Gemeinschaftsunterkünfte je nach Kapazität belegt wurden. Dort wo es Platz hatte, wurden Neuankömmlinge untergebracht. Es wurde jedoch immer versucht, dies möglichst zu entzerren, um die Situation nicht zuzulassen, dass aufgrund der Dominanz einer Gruppe andere Gruppen untergehen. Das war allerdings auch ein frommer Wunsch, denn in der Realität sind es zwei - drei Herkunftsländer, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen. Diese können nicht überall verteilt gleich werden, denn so viele Kapazitäten gibt es nicht.

Wenn eine Gruppe besonders konflikträftig war, wurde versucht, die entsprechenden „Anführer“ in eine andere Unterkunft zu verlegen. Dies funktioniert allerdings nur in einer Gemeinschaftsunterkunft, weil der Landkreis dort über die Zuweisungen bestimmen darf. In einer Anschlussunterbringung ist dies hinterher nicht mehr möglich.

Kreisrat **Engelhardt**

Vielen Dank für den Vortrag, in dem viele Themen auch „ungeschminkt“ und offen dargestellt wurden. Das ist sehr hilfreich. Wir sind stolz darauf was wir bisher geschafft haben. Es liegen aber noch viele Aufgaben vor uns.

Die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften in Singen wurde analysiert und relativ konkrete Punkte dazu dargestellt. Es wird insbesondere auch für das Amt für Migration und Integration sehr hilfreich sein sich diese Punkte nochmals anzuschauen, um zu prüfen, wie man im Rahmen der Möglichkeiten nachsteuern könnte.

Es wird auch eine große Unsicherheit in Bezug darauf erlebt, wer für soziale Beratung überhaupt zuständig ist. Es wird gehofft, dass diese Frage von den Integrationsbeauftragten, die vom Land gestellt werden, geklärt werden wird.

Bei den Clanstrukturen wurde der Fokus sehr auf die negativen Aspekte gelegt. Allerdings ergeben sich daraus auch viele positive Aspekte. In der Heimat hatten die Clans eine sehr wichtige Funktion für das Leben dieser Familien, was auch für ihr Leben in Deutschland gilt. Die positiven Aspekte müssen daraus erkannt werden. Wie erreicht man die „Meinungsmacher“ und auch die Kinder und Jugendlichen dieser Clans?

Bisher konnte die Erfahrung gemacht werden, dass Mütter in Kindertagesstätten sehr gut ansprechbar sind. Das sind „Türöffner“, über die eine Tür zur Integration geöffnet werden kann.

Wie integrationsoffene Menschen erreicht und gestärkt werden, ist eine große Aufgabe für uns alle, sowohl für die Mitarbeitenden des Amtes für Migration und Integration des Landratsamtes, als auch für jede Kommune.

Für Vereine gibt es Modelle, in denen bestimmte Ansprechpartner benannt werden, die dann bspw. über das Bildungspaket und viele andere Dinge informiert sind, um Menschen aus anderen Ethnien den Zugang zu erleichtern.

Unter TOP 3 und 4 wird noch über die Situation im Ehrenamt und über das Integrationskonzept berichtet. Man wäre schlecht beraten, wenn man alles nebeneinander behandeln würde. Dieser erste Aufschlag von Frau **Dr. Becker** war gut. Man muss nun prüfen, wie die vorgetragenen Ergebnisse mit den anderen Fragen bzw. Punkten zusammengeführt werden können.

Der Bericht ist zwar gut, aber gibt es noch detailliertere Informationen dazu, die an die Fraktionen weitergegeben werden könnten?

Vorsitzender

Das wird mit Frau **Dr. Becker** noch abgestimmt. Umso detaillierter man Informationen erarbeitet, umso mehr muss dann aber auch der Datenschutz beachtet werden. Aber da wird man eine Lösung finden.

Das Landratsamt ist für die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften in der Regel für 24 Monate zuständig. Aber danach ist der Betreuungsprozess noch lange nicht abgeschlossen. Daher ist man im Gespräch mit den Gemeinden darüber, dass die Menschen, die von den Gemeinschaftsunterkünften in die Anschlussunterbringungen wechseln, weiterhin vom Landkreis, je nach Kapazität, betreut werden. Das hätte auch den Vorteil, dass man in vielen Bereichen bereits vorhandene Kapazitäten und auch ausgebildete Menschen weiterhin einsetzen kann.

Frau Sarikas

In Bezug auf das Thema Islam wurde erwähnt, dass es sechs verschiedene Organisationen gibt. Bestand im Rahmen der Forschungsarbeit auch die Möglichkeit, mit allen sechs Organisationen in Kontakt zu treten?

Die Sprachbarriere liegt oftmals daran, dass sich viele Flüchtlinge mit den Sprachkursen schwertun. In den Anschlussunterbringungen werden zudem keine zielführenden Integrationsmaßnahmen angeboten. Wenn die Flüchtlinge nicht flächendeckend verteilt und nur separiert von der restlichen Bevölkerung untergebracht werden, wird natürlich das Problem bestehen, dass Flüchtlinge nur untereinander kommunizieren.

In Bezug auf Clanstrukturen wurden auch Familien aus Afghanistan erwähnt. Dazu ist bisher nichts bekannt. Könnte dazu noch etwas gesagt werden?

Herr Dr. Eberwein

Vielen Dank für diesen außerordentlich interessanten und wichtigen Bericht. Dieser spricht Punkte an, die unterschwellig bereits bekannt waren.

Wo können die Details dieses Vortrags in aller Ausführlichkeit nachgelesen werden? Die Verwaltung wird daher gebeten, dies mit Frau **Dr. Becker** zu klären. Es wird auch um Weitergabe der PowerPoint-Folien gebeten.

Vorsitzender

Diese werden dem Protokoll angehängt.

Herr Dr. Eberwein

Es wäre gut, wenn man die Folien bereits vorab erhalten könnte.

Vorsitzender

Dies wird die Kreistagsgeschäftsstelle umsetzen.

Herr **Dr. Eberwein**

Die Einrichtung von Integrationsmanagern ist eine gute Idee. Wann werden diese Stellen besetzt?

Vorsitzender

Diese werden voraussichtlich zum 1. Mai 2018 besetzt.

Herr **Dr. Eberwein**

Integration ist notwendig, auch wenn man davon ausgeht, dass diese Menschen nur zwei bis drei Jahre da sind. Wobei vermutet wird, dass diese wahrscheinlich viel länger bleiben können werden. Integrationsarbeit muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus geleistet werden. Ansonsten handelt man sich Folgeprobleme ein, die dann nicht mehr überschaubar sind.

Ganz essenziell für die Integration ist die Arbeit mit Kindern. Es ist sehr wichtig, dass auch bereits die Kleinkinder in die Kinderkrippe und -tagesstätte gehen.

Vorsitzender

Dazu wird pauschal ergänzt, dass auch eine Bereitschaft der Eltern, die das Erziehungsrecht und die Bestimmungspflicht über ihre Kinder nach dem Grundgesetz haben, vorhanden sein muss.

Frau **Dr. Becker**, was ist eigentlich Integration bzw. wann ist Integration erreicht?

Frau **Dr. Becker**

Das Thema Clanstrukturen wurde in den Helferkreisen anhand von verschiedenen Beispielen geschildert. Die Studierenden sind auf solche Familien in den Gemeinschaftsunterkünften gestoßen und haben dort u. a. auch Tee mit ihnen getrunken und mit ihnen gesprochen. Dieses Thema wurde vor allem vom Integrations-Beauftragten der Stadt Singen, Herrn Stefan **Schlagowsky-Molkenthin** und der Beauftragten für Flüchtlingsintegration der Stadt Singen, Frau Shirin **Burkart** angesprochen. Zudem haben auch Wohlfahrtsverbände auf dieses Thema hingewiesen.

Mit den Studierenden wurden keine quantitativen, sondern qualitative Untersuchungen gemacht.

Anhand eigener Begegnungen wurde versucht, dies differenziert zu sehen. Man kann solche Familien bzw. Strukturen nicht einfach auflösen, denn diese haben eine wichtige Funktion im Integrationsprozess.

Es gilt insbesondere auch bei den jungen Frauen und Müttern anzusetzen. Es gibt viele Beispiele dafür, wie man oftmals auch niederschwellig mit Frauen ins Gespräch kommen und mit ihnen über Weiblichkeit, Kindererziehung, Sexualität oder Gynäkologie sprechen kann. Das ist ein großes Thema. Manche Frauen gehen nicht zum Frauenarzt ohne die Begleitung von Männern. Bei dieser Zielgruppe sollte man ansetzen. Nicht nur mit Restriktionen, sondern mit vertrauensvollen Zugängen über Helferinnen, die Kontakt zu diesen Familien haben.

Die Mehrzahl der Geflüchteten in Singen kommt laut den Helferkreisen aus Syrien. Einige Helferkreise berichteten allerdings auch von afghanischen Familien. Dies konnte allerdings nicht vertieft werden, da das Spektrum an Themen in diesem Projekt enorm groß war.

Im Gesamtprozess der Integration gibt es viele Einzelprozesse und es ist ganz normal, dass sich Jugendliche oder junge Menschen der dritten Generation reethnisieren. Zum Teil hängt dies auch damit zusammen, dass sie auf dem Bildungsmarkt Ausgrenzungserfahrungen machen. Die vermeintliche Herkunftskultur, die sich mittlerweile ebenfalls verändert hat, wird dann ggf. auch wieder zum Identitätsanker und Frauen ziehen bspw. wieder Kopftücher an. Das alles ist ganz normal, denn Integration ist kein linearer Prozess, in dem man alle kulturellen Unterschiede

ablegt und am Ende dann typisch deutsch ist.

Daher ist es wichtig, Migrationsprozesse auch über einen langen Zeitraum hinweg zu verstehen. Gerade in Städten wie Singen, die seit über 30 Jahren Erfahrungen mit Integration haben.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass etwa 50 % der derzeitigen im Asylverfahren befindlichen Menschen noch nicht anerkannt sind.

Wenn Helferinnen und Helfer beklagt haben, dass diese nicht in freiwillige Deutschkurse gehen oder sich dem wieder entziehen, dann ist das in der Tat ein weites Feld, wo noch viel getan werden muss und kann. Denn es ist nicht damit zu rechnen, dass Menschen mit einer Duldung auch tatsächlich in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Das hat auch die bisherige Geschichte der Bundesrepublik schon gezeigt. Auch mit diesen Menschen muss man Integrationsarbeit machen.

Zur Wohnsituation kann lediglich angeregt werden, dass Gemeinschaftsunterkünfte natürlich national und sozial durchmischt bleiben müssen. Das ist auch wichtig, weil die Projektgruppe in den Unterkünften oft mitbekommen und gehört hat, dass es Konflikte gibt, die aufgrund von Feindseligkeiten und politischen Konflikten aus den Herkunftsländern mit in die Unterkünfte reingetragen und dort ausgetragen werden.

Unterkünfte sind in dieser Beziehung, wenn man insbesondere durch Streitschlichter begleiten kann, auch wichtige Lernfelder. Die Geflüchteten können lernen, dass solche Konflikte in Deutschland nicht diese Rolle spielen dürfen, mit denen viele Migranten im Kopf und in der Psyche noch so sehr beschäftigt sind.

Übrigens gibt es nicht nur Konflikte zwischen Nationalitäten, sondern auch durch das „Stadt-Land-Gefälle“.

Es ist auch wichtig zu klären, wofür die einzelnen Wohlfahrtsverbände, die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter in den Unterkünften und die Ehrenamtlichen zuständig sind. Hier besteht noch großer Bedarf, sich auszutauschen und im Einzelfall auch nochmals Rollenklärungen vorzunehmen.

Die Kontakte zu den muslimischen Verbänden in Singen wie bspw. die DITIB, Prisma (nahe der Gülen-Bewegung), Menzil, dem türkische Elternverein, den Grauen Wölfen u. v. m. wurden aufgenommen.

Aus den Erfahrungen von jungen Muslima, die jetzt aus der Integrationsarbeit heraus Kontakt zu den muslimischen Verbänden aufbauen, wurde festgestellt, dass dies teilweise sehr schwierig ist, weil erst einmal Vertrauen aufgebaut werden muss. Es müssen erst direkte Kontakte über Frauengruppen hergestellt werden. Zum Teil gibt es auch Konflikte zwischen den muslimischen Selbstorganisationen untereinander, sodass diese gar nicht unbedingt an einen Tisch kommen wollen.

Es kann nur angeregt werden, sich das selbst anzuschauen.

Es wird als wichtig empfunden, nicht nur Kinder zu stärken, sondern insbesondere auch Mütter und junge Frauen. Man sollte ihnen Wege und Möglichkeiten aufzeigen, dass sie auch ihre eigenen Wege gehen können, ohne dass sie gleichzeitig das Kopftuch von heute auf morgen ablegen müssen. Das sind vertrauensbildende Prozesse, die mit sehr gut geschulten Sozialarbeiterinnen erreicht werden können, um den Frauen zu helfen, unsere Gesellschaft erst einmal kennenzulernen.

In Bezug auf die Vereine wurde eine Studie in Neuhausen ob Eck gemacht. Man könnte sich daher mit dieser Gemeinde nochmals austauschen, die bereits gute Kontakte zwischen Vereinen und einzelnen Geflüchteten hergestellt hat. Ein Defizit war dabei allerdings, dass sich Frauenvereine noch sehr zurückhaltend verhalten. Diese Vereine haben eine sehr große Aufgabe, über weibliche Fähigkeiten im weitesten Sinne auch mit Frauen zu arbeiten.

Es ist richtig, dass Integrationsarbeit unabhängig vom Aufenthaltsstatus geleistet werden muss. Das ist wichtig und man kann nicht warten, bis all diese Menschen

eine Anerkennung erhalten.

Schließlich gilt es noch die Frage zu klären, was Integration eigentlich ist.

Das ist ein weites Feld. Es gibt die systemische Integration, wo es um Teilhabe, Arbeit, Wohnen, Bildung usw. geht. Das sind Möglichkeiten um an unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Es gibt aber auch die soziale Integration, die soziale Begegnungen, Alltagskontakte und weiteren Austausch umfasst.

Es gibt die identifikatorische Integration, bei der es darum geht, wie sich jemand mit dem, was wir Deutschland nennen, identifiziert.

Es gibt kulturelle Integration, bei der es um Normen, Werte und Traditionen geht und auch demokratische Integration, bei der es darum geht, an unserem demokratischen Rechtssystem mit Rechten und Pflichten teilzuhaben.

Der Landkreis Konstanz befindet sich momentan vermutlich auf der Ebene der systemischen und der sozialen Integration. Alles andere braucht noch viel Zeit.

Vorsitzender

Vielen Dank. Man wird nochmals darüber sprechen, ob den Mitgliedern des Ausschusses noch detailliertere Erkenntnisse verschafft werden könnten. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, die Semesterarbeiten zu verteilen.

Frau **Dr. Becker**

Nein, denn diese sind im Rahmen eines Forschungsprojektes entstanden. Da müsste man einen anderen Weg wählen, denn dabei handelt es sich um Lernarbeiten, die nicht öffentlich sind. Die Studierenden müssten auch einzeln gefragt werden.

Vorsitzender

Das wird noch geklärt.

Kreisrätin **Sarikas**

Frau **Dr. Becker** erwähnte vorhin unter den muslimischen Verbänden auch die „grauen Wölfe“. Das ist doch keine islamische Einrichtung? Das ist vielmehr eine türkische rechtsextreme politische Organisation. Da muss man vorsichtig sein.

Frau **Dr. Becker**

Bei der Mehrzahl der Einrichtungen handelt es sich aber um muslimische Migrantorganisationen.

Vorsitzender

Das Thema wird uns vermutlich noch lange beschäftigen. Man wird sicher wieder die Gelegenheit haben, solch eine Gesamtsicht anzuschauen.

2. Beteiligungsstruktur Ehrenamtliche

Frau **Kurz** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

3. Aktuelle Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe

Frau **Massmann** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Vorsitzender

Vielen herzlichen Dank für den Bericht. Vielen Dank auch an alle Ehrenamtlichen, für die Sie heute stellvertretend da sind.

Die Anliegen, die an den Sozialausschuss gerichtet werden, sind nachvollziehbar.

Allerdings sind diese nicht alle vom Sozialausschuss zu lösen, denn da ist auch ein bisschen Bundespolitik, ein bisschen Landespolitik und ein bisschen Kommunalpolitik der Städte und Gemeinden gefordert.

Es wird sich aber dennoch bemüht, die Anliegen entsprechend zu würdigen.

So sind z. B. die neu eingerichteten VABO-E Klassen im Landkreis Konstanz ein Modellprojekt, das weit über den Landkreis hinaus ausstrahlt. Mit großer Freude wurde auch gelesen, dass der ehemalige Schulleiter der Robert-Gerwig-Schule Singen berichtete, dass dieses Projekt auf einem guten Weg sei. Auch der „Schwund“, der beim Start angesprochen wurde, hält sich mit 10 - 12 % absolut in Grenzen.

Es wird allerdings noch auf eine gewisse Problematik hingewiesen. Die angesprochene Fahrkostenerstattung ist schwierig, weil die Sozialleistungen ja gesetzlich definiert sind wie bspw. durch das SGB II, das auch mit den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vergleichbar ist. Dabei muss unbedingt darauf geachtet werden, dass Gleiches gleich behandelt wird.

Auch die Forderung nach Wohnraum ist absolut nachvollziehbar. Aber auch hier befindet man sich im Wettbewerb mit anderen. Es wird Ihnen natürlich zugestanden, dass Sie für die Klientel, die Sie im Auge haben, entsprechende Forderungen stellen.

Aber Sie müssen es der Politik auch abnehmen, wenn diese keine Einzelgruppen-Privilegien schaffen kann, sondern vergleichbare Situationen ähnlich bewerten muss.

Frau Massmann

Das Ganze ist natürlich eine große Gemeinschaftsaufgabe von der unteren bis hin zur oberen Politik. Nur so kann man das schaffen. Auf der anderen Seite leisten die ehrenamtlichen Helfer derart viel, dass diese durchaus die Berechtigung sehen, Forderungen stellen zu dürfen.

Vorsitzender

Das trifft absolut zu.

Frau Massmann

Gleiches muss gleich behandelt werden. Da stimmen wir völlig überein. Es ist auch nicht gewollt, Flüchtlinge gegenüber den einheimischen Beziehern von Leistungen nach dem SGB II besser zu stellen. Ein Flüchtling hat allerdings eine andere Ausgangssituation, weil er quasi mit nichts in Deutschland ankam. Ein Bezieher von Leistungen nach dem SGB II hat in der Regel „ein bisschen etwas“.

Wenn jemand bspw. zu einer Ausbildung an einen anderen Ort fahren muss, ist entweder der Arbeitgeber gefordert. Wenn das aber nicht funktioniert, ist das nicht mehr mit der Pauschale für die Fahrtkosten, die in den Leistungen nach dem SGB II enthalten sind, gedeckt. So können bspw. Fahrtkosten nach Waldshut in Höhe von etwa 100 € nicht mehr vom Leistungsempfänger getragen werden.

Vorsitzender

Ich möchte Ihnen persönlich zugestehen, dass Sie die aus Ihrer Sicht berechtigten Forderungen stellen, ganz gleich, an wen diese gerichtet sind. Der Landkreis wird sich den Forderungen ebenfalls stellen.

Kreisrat Engelhardt

Schön, dass der Bericht so detailliert dargestellt wurde. Der **Vorsitzende** fragte vorhin, was eigentlich Integration sei. Eine Antwort ist auf jeden Fall, dass die ehrenamtlichen Helfer mit dabei bleiben und dass sie zu den Geflüchteten stehen. Nur dann kann Integration funktionieren. Das ist dann Integration von den Deutschen, die auf die Flüchtlinge zugehen.

Der Kreistag muss die gestellten Forderungen ernst nehmen. Wenn die Arbeit der Ehrenamtlichen wegbricht, wird hier unheimlich viel wegbrechen.

Viele Menschen, insbesondere auch aus anderen Kulturen und anderen Ländern, sagen oftmals, dass sie einen festen Ansprechpartner brauchen, der ihnen hilft.

Da stoßen jetzt unterschiedliche Systeme aufeinander. Bei den Ehrenamtlichen sind dies oft auch emotionale Beziehungen, die sie zu den Menschen aufgebaut haben. Aus der Sozialarbeit kommen eher fachliche Aspekte. Das sind unterschiedliche Zugangswege.

Der Helfer hat ein emotionales Bedürfnis und der Geflüchtete wünscht sich eine einzelne Person, der er alle Fragen stellen kann. Das ist im Grunde genommen deren System.

Das fachliche System weist eher darauf hin, welche Behördengänge der Geflüchtete machen muss und welche Stellen wofür zuständig sind.

Die Systeme passen daher nicht von vorne herein zusammen. Die große Aufgabe dabei ist, dass das System „Ehrenamt“ und alles, was damit verbunden ist, aufrechterhalten wird. Das Amt für Migration und Integration muss die professionellen Strukturen weiterentwickeln und ggf. anpassen.

Wenn die Helfenden aus Sicht der Betroffenen das Vertrauen nicht gewinnen können, dass ein Mensch für sie Ansprechpartner ist, besteht sehr schnell die Gefahr, dass der Integrationsprozess wieder einen Schritt zurückgeht.

Kreisrätin **Happle-Lung**

Vielen Dank für den guten Vortrag. Das war der richtige Zeitpunkt, die Brücke von den Ergebnissen des Forschungsprojektes zu den Berichten aus dem Ehrenamt zu schlagen. Die Politik ist gut beraten, diese Vorschläge und Anregungen aufzunehmen. Man möchte gar nicht darüber nachdenken, was wäre, wenn all dies nicht von ehrenamtlichen Händen gestemmt werden würde.

Vorsitzender

Das wäre nicht machbar.

Kreisrätin **Happle-Lung**

Das wäre nicht leistbar. Daher hat das Ganze auch viel mit Wertschätzung zu tun, um die Ehrenamtlichen, die ihre Zeit opfern und die bereit sind, Integration lebendig werden zu lassen. Daher muss genau darüber nachgedacht werden, welche Maßnahmen man angeht. Es wird daher auch darum gebeten, hierzu bald Vorschläge vorzulegen. Großes Dankeschön an alle ehrenamtlich Tätigen, die sich hier täglich engagieren.

Kreisrat **Storz**

Vielen Dank für den Bericht. Integration kann wirklich nur gelingen, wenn man die ehrenamtlichen Strukturen erhält oder sogar noch weiter ausbaut.

Wenn der Landkreis Fahrtkostenzuschüsse für den Bereich Sprache oder Ausbildung geben würde, müsste dies auch für alle anderen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II gelten. Das wird vermutlich eine schwierige Diskussion werden.

In Bezug auf professionelle Sprachkurse wurden vom Regierungspräsidium glücklicherweise relativ viele sogenannte „Nichterfüller“ (Lehrkräfte mit Lehramtsausbildung aber ohne Referendariat) eingestellt, die allerdings nur einen Arbeitsvertrag bis zu den Sommerferien haben. Man hört allerdings, dass nach den Sommerferien wohl nicht mehr so viele eingestellt werden würden. Hat das Landratsamt dazu schon neue Erkenntnisse?

Frau **Brumm**

Damit sind vermutlich die Lehrkräfte in den Vorbereitungsklassen (VKL) gemeint. Es trifft zu, dass die Arbeitsverträge befristet sind und dass es nicht ausreichend Lehrkräfte gibt. Teilweise muss in diesem Bereich im Schichtbetrieb gearbeitet werden.

Wenn Lehrkräfte ausfallen, müssen die VKL-Schüler teilweise auf andere Klassen verteilt werden. Darunter leidet natürlich die Qualität. Die Steuerungsgruppe bereitet diese Thematik jedoch gerade auf. Der **Vorsitzende** wird sich dazu ggf. auch an das Ministerium wenden.

Vorsitzender

Nach der Vorarbeit des Fachamtes werde ich auch ein Schreiben an die Kultusministerin schicken. Denn ich konnte mich mehrfach vor Ort davon überzeugen, dass das, was in den VABO-Klassen gemacht wird, sehr sinnvoll ist.

Dies deckt sich auch mit dem, was Frau **Dr. Becker** unter TOP 1 gesagt hat. Man muss versuchen, wenigstens noch die jungen Menschen mit ins Boot zu nehmen. Daher ist diese Beschulung absolut notwendig und richtig.

Herr Dr. Eberwein

Es ist allen klar, dass es ohne das Ehrenamt nicht geht. Es muss alles dafür getan werden, damit das Ehrenamt erhalten bleibt.

Mit Sorge wird beobachtet, dass in einigen Helferkreisen die Zahl der Mitarbeitenden sinkt. Das ist schade. Es bleibt sicherlich ein harter Kern, aber eigentlich müsste man einen gegenteiligen Effekt haben, sodass das Interesse zur Mitarbeit eher steigen müsste.

Man muss sich auch als Helfer in solch einem Kreis immer wieder selber motivieren.

Es ist auch wichtig, die jungen Menschen, insbesondere auch die Kinder, so früh wie möglich „mit ins Boot“ zu nehmen. Wenn die Kinder nicht im Kindergarten waren, ist hinterher schon sehr viel versäumt, wenn diese dann in eine Schule und später dann in eine Berufsausbildung gehen.

Vielen Dank für den Bericht. Frau **Massmann** hat Anliegen und Forderungen vorgebracht. Diese sind moderat und berechtigt und sollten daher auch erfüllt werden.

Kreisrätin Sarikas

Es ist wichtig, die Jugendlichen zu erreichen. Es darf daher auch nicht sein, dass die Aufnahme einer Ausbildung bei Jugendlichen an nicht erstatteten Fahrtkosten scheitert. Das Land gibt jetzt so viel Geld für Integrationsmanager aus. Gibt es dann nicht auch einen Finanztopf für solche Dinge bzw. könnte man einen entsprechenden Topf dafür schaffen? Das Ganze sollte nicht an einer Fahrkarte im Wert von 100 € scheitern. Eine minimalistische Unterstützung muss irgendwie gewährleistet sein.

Über die vielen ehrenamtlichen Helfer ist der Landkreis sehr froh und dankbar.

Vorsitzender

Dafür müsste dann ein extra Topf gebildet werden, der dann auch vom Kreistag beschlossen werden müsste. Denn das Geld für die Integrationsmanager darf der Landkreis nicht einfach abzweigen und für einen anderen Zweck verwenden.

Im Landkreis Konstanz gibt es fast 10.000 Schüler, die ein Sonderticket für die ÖPNV-Nutzung bekommen, das bereits erheblich günstiger ist. Auch Schüler, die aus anderen Landkreisen zum Schulbesuch nach Konstanz kommen, erhalten eine entsprechende Ermäßigung.

Es ist daher nicht vorstellbar, dass jemand, der eine Ausbildung macht und bspw. zum Blockunterricht an eine berufliche Schule geht, die außerhalb des Landkreises liegt, keine Schülerbeförderungskosten bekommt. Diesen Dingen wird nochmals nachgegangen und von den Fachämtern geprüft.

Kreisrat Hoffmann

Dass Frau **Massmann** heute im Sozialausschuss berichtet, stellt auch eine Würdigung der Arbeit der Ehrenamtlichen dar. Es wurde um einen Dialog mit den Kreistagsfraktionen gebeten und dies war heute der erste Punkt dazu, sich direkt ein-

bringen zu können. Das kann gerne auch wiederholt werden.

Heute Vormittag fand eine Sitzung des Aufsichtsrates der Beschäftigungsgesellschaft (BG) statt. Die BG denkt darüber nach, eine weitere VABO-E-Klasse einzurichten. Das wird viel Geld kosten. Daher wäre es gut, wenn so viele Kreisräte wie möglich diesem Vorschlag auch zustimmen würden. Dazu wird es bald eine Gelegenheit geben. Mit dieser Klasse können Menschen erreicht werden, die sonst von einer VABO-Klasse nicht mehr erreicht werden können.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wurde in Stufen aufgebaut. Unter TOP 4 wird nachher das Integrationskonzept beraten, das noch etwas leidet, weil viele Ideen noch sortiert werden müssten.

Die von Frau **Massmann** eingebrachten Forderungen, die eine finanzielle Bedeutung haben, gehören eigentlich noch in die Diskussion um das Integrationskonzept hinein. Denn darin werden ganz konkret auch finanzielle Fragen gestellt. Diese Fragen dürfen nicht erst zum Haushaltsentwurf 2019 gestellt werden. Vielmehr muss man diese Punkte im Sommer bearbeiten und rechtzeitig darüber beraten.

Die Verwaltung wird daher gebeten, die Fragen der Ehrenamtlichen, die eine monetäre Bedeutung haben, in die Integrationsfragen einzubauen und dem Ausschuss die Summe zu benennen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen sollten die von Frau **Massmann** genannten Punkte dann über das Integrationskonzept einbezogen werden. Ob und wie dies dann finanzierbar wäre, müsste man dann sehen.

Die Ansicht des **Vorsitzenden** wird geteilt, denn im Bereich Bildung gibt es vermutlich schon viele Angebote und Hilfen, die einfach noch nicht bekannt sind.

Die Fahrtkosten zu den Berufsschulen dürften eigentlich kein Problem sein, denn eigentlich ist dies eine Frage der Leistungsgesetze oder es fällt in den Bereich der Jugendhilfe bzw. der Ausbildungsförderung. Wenn es ein Problem dabei gibt, die Kassen in Übereinstimmung zu bringen, wird der Verwaltung sicher etwas einfallen um dieses Problem zu lösen.

Vorsitzender

Die Verwaltung wird dies umsetzen und versuchen, die Maßnahmen zu gewichten, um für die Haushaltsplanberatungen einen entsprechenden Ansatz bilden zu können. Das entspricht auch der Wortmeldung von Kreisrätin **Sarikas**.

Es wird jedoch auch darauf aufmerksam gemacht, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2018 noch nicht genehmigt wurde und dass darin noch rund 10 Mio. € lediglich in der Hoffnung aufgeführt sind, dass das Land die Kosten für Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie dem Flüchtlingsaufnahmegesetz auch erstattet. Das ist aber nach wie vor ungewiss, obwohl bereits entsprechende Verhandlungen zwischen dem Landkreistag und dem Land laufen.

Den Kreisräten wird im Laufe der Woche noch ein Brief des Innenministers, der an seinen Abgeordnetenkollegen, Justizminister **Wolf**, adressiert war, verschickt. Herr **Wolf** und andere Abgeordnete wurden gebeten, beim Innenministerium nachzufragen, wie es mit einer zusätzlichen Kostenerstattung für den oben genannten Preis aussieht. Der Inhalt des Briefes hört sich zwar sehr verbindlich an, aber monetäre Zusagen sind noch nicht erkennbar.

Frau Massmann

Die Mitglieder des Ausschusses werden gebeten, ihnen bekannte Arbeitgeber zu motivieren, Flüchtlinge einzustellen bzw. ihnen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz zu geben. Wenn die Geflüchteten einen Paten dabei haben, gestaltet sich das Ganze oftmals noch etwas leichter.

Über die Einrichtung der VABO-E Klassen ist man sehr froh. Soweit es bekannt ist, wurden alle beteiligten Helferkreise von Herrn **Hensler** auch dazu angesprochen, dass man nachmittags noch zusätzliche Unterstützung benötigt. Dies wurde bereits

eingerrichtet, um diese Klassen so gut es irgendwie geht, zum Erfolg zu führen. Die Schule leistet dabei natürlich das Meiste. Die Ehrenamtlichen unterstützen aber auch etwas.

Die Zahl der Helfer zu erhöhen ist ein ganz wesentlicher Punkt. Auch da ist man auf die Unterstützung des Kreistages angewiesen, indem dieser positiv über das berichtet, was die Helfer tatsächlich machen. Erfahrungsgemäß kommen Flüchtlinge, die einen guten Paten haben, sehr viel schneller vorwärts. Wer keinen Paten hat, hat oftmals Pech gehabt. Diese Menschen ziehen sich dann meistens auch zurück.

Das Thema der fehlenden Wertschätzung wurde ebenfalls öfter angesprochen. Allerdings gab es dazu auch starke Veränderungen, seit Herr **Egenhofer** die Ehrenamtlichen besucht hat. Die Möglichkeit, die Anliegen im Sozialausschuss vorzutragen und die sehr gute Unterstützung von Frau **Kurz**, die alles sehr gut zusammenfasst und vorwärts bringt, ist sehr hilfreich ist. Daher nochmals vielen Dank für diesen Rahmen. Wir kommen gerne wieder.

Vorsitzender

Das wird auch so geschehen. Es wird auch zugesichert, dass es eine erneute Besprechung zwischen dem Landratsamt und den Helferkreisen geben wird.

Arbeit ist ein ganz zentraler Punkt im Integrationsprozess. Daher wird sich der Landkreis in diesem Punkt insbesondere auch mit der Beschäftigungsgesellschaft sehr bemühen und einsetzen.

4. Integrationskonzept: Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat Dr. Zoll

Aus eigener Sicht ist zu diesem Punkt momentan keine umfangreiche Diskussion erforderlich. Für die Vorlage wird sich, weil Kreisrat **Stolz** dies ja angeregt hatte, auch bedankt. Vielen Dank auch, dass der Punkt „Mitwirkung der Betroffenen“ mit aufgeführt wurde.

Es wird auch nicht erwartet, dass für jede einzelne Maßnahme bereits jetzt im Vorfeld für das gesamte Konzept eine Kostenberechnung erfolgt. Es geht vielmehr um ein „Ranking“, wo man sich denn aktuell bewegt und darum, dass die in 2018 und 2019 geplanten Maßnahmen mit Kostenschätzungen hinterlegt werden. Es ist bekannt, dass Förderzusagen noch ausstehen. Von daher lässt sich auch noch nicht alles von vorneherein berechnen. Dennoch ist es wichtig, einen ersten Überblick zu bekommen.

Kreisrat Hoffmann

Das Integrationskonzept stellt für den Kreistag bisher aufgrund der Vielzahl von Ideen und der bevorstehenden Aufgaben eine „Blackbox“ dar. Im Kreistag besteht daher auch bereits die Sorge, dass der Sozialausschuss Maßnahmen freigibt und dass der Kreistag danach keine Hoheit mehr darüber hat, dies haushaltsrechtlich zu steuern.

Die CDU-Fraktion bittet darum, dass nicht erst zu den Haushaltsplanberatungen, sondern möglichst bereits in den Sitzungen vorher darüber beraten werden wird. Es sollte deutlich werden, wohin die Reise gehen wird und wo die wichtigsten Prioritäten für das Integrationskonzept liegen. Man muss Prioritäten setzen, denn man wird nicht alles zahlen können.

In das Thema sollte nicht erst in der Haushaltsdebatte eingestiegen werden, die ihre eigenen „Spielregeln“ hat und wo es dann um die Höhe der Kreisumlage und ähnliches gehen wird. Schlimmstenfalls würde man die Maßnahmen dann über „Streichlis-

ten“ kürzen, ohne dass über die einzelnen Maßnahmen im Voraus beraten wurde.

Die entsprechenden Summen sollten daher frühzeitig angemeldet werden.

Eine andere Anmerkung richtet sich an Kreisrätin **Schwede**. Der Lokalpresse konnte entnommen werden, dass Frau **Schwede** die Ansicht vertreten hat, die Integrationsmanager seien bei der Stadt Konstanz besser angesiedelt als beim Landkreis.

Der Landkreis und die Stadt Konstanz haben bisher beim Thema Integration sehr eng zusammengearbeitet. Im Zweifel sind dies auch die gleichen Mitarbeiter, die vorher und auch nachher dort gearbeitet haben. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass darüber nachgedacht werden sollte, dass das Integrationskonzept des Landkreises auch für die Städte und insbesondere auch für die Stadt Konstanz gilt. Es wäre ggf. hilfreich, der Verwaltung und auch der Arbeit des Amtes für Migration und Integration ein gewisses Vertrauen entgegenzubringen. Die Kritik kam nicht sehr gut an.

Vorsitzender

Zum ersten Teil der Wortmeldung wird angemerkt, dass die Verwaltung versuchen wird, verschiedene Bereiche aus dem Integrationskonzept auch aus der Erkenntnis der heutigen Veranstaltung heraus zu priorisieren und zu bepreisen. Dies wird auch in den Haushalt eingebracht – zuvor aber auch ausführlich beraten. Es wird versucht, bis zur Sommerpause ein solches Konzept verwaltungsintern aufzustellen. Darin wird aufgeführt, was im Haushaltsplan 2019 oberste Priorität haben soll und finanziell vom Landkreis alleine getragen werden muss.

Es wird demnächst auch noch darüber entschieden, wann mit den Haushaltsplanberatungen begonnen wird.

Kreisrätin Schwede

In Bezug auf die Wortmeldung von Kreisrat **Hoffmann** wird angemerkt, dass es dabei um die kommunale Anschlussunterbringung ging. Dies wurde von mir als Stadträtin im Gemeinderat der Stadt Konstanz geäußert. Dabei habe ich mich auf die Aussage des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg bezogen, der auch der Meinung ist, dass die Anschlussunterbringung in kommunalen Händen gut aufgehoben ist.

Denn dort sind die Menschen in den Städten und Gemeinden angesiedelt. Das war absolut keine Misstrauensäußerung gegenüber den künftigen Integrationsmanagern. Es wird sich vermutlich zeigen, dass diese eine gute Arbeit machen werden. Es ging vielmehr um den Unterschied zwischen Anschlussunterbringung und Gemeinschaftsunterkunft.

Vorsitzender

Das entscheidende Argument ist, dass es den Betroffenen bei ihrer Betreuung und ihrem Bedarf, aber auch beim Vertrauen, dem Grunde nach egal ist, welchen Aufenthaltsstatus sie momentan haben. Es geht vielmehr um eine persönliche Beziehung und in diesem Bereich gibt es erfahrene Personen, die die Klientel kennen.

5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

5.1. Bundesteilhabegesetz: Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** berichtet, dass die Verwaltung an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes arbeitet.

Bei der Ausrichtung der Eingliederungshilfe geht es weg von der institutionellen Förderung hin zur personenzentrierten Teilhabe. Zudem geht es auch um die Ausgestaltung des Landesausführungsgesetzes.

5.2. Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Konstanz gGmbH; Zertifizierung als Bildungsträger

Der **Vorsitzende** berichtet, dass die Beschäftigungsgesellschaft als Bildungsträger zertifiziert wurde. Das ist eine sehr gute Nachricht. Allerdings steht in der Zertifizierung auch drin, dass bessere Räume erforderlich sind, weshalb die Beschäftigungsgesellschaft derzeit auch auf der Suche nach geeigneten Räumen ist.

5.3. Reform der Pflegeausbildung; Anfrage Kreisrat Hoffmann

Kreisrat **Hoffmann**

Die CDU-Fraktion beantragte vor einiger Zeit, im Ausschuss über die Reform der Pflegeausbildung im Landkreis Konstanz zu berichten. Der Bericht wurde im Kultur- und Schulausschuss vorgestellt, was auch gut war. Das soll auch keine Kritik an der Landkreisverwaltung darstellen. Die Mitglieder des Sozialausschusses waren zu dieser Sitzung auch eingeladen. Es ist allerdings unklar, wie viele Mitglieder des Sozialausschusses an dieser Sitzung teilgenommen haben.

Vorsitzender

Es haben nicht viele teilgenommen.

Kreisrat **Hoffmann**

Das ist schade, weil die Erkenntnisse aus diesem Bereich, die elementar wichtig für die Pflegeausbildung im Landkreis KN sind, nicht in diesem Gremium angekommen sind.

Gibt es evtl. eine Idee, wie dieses Thema trotz einer anderen Zuständigkeit noch einmal im Sozialausschuss behandelt werden könnte?

Vorsitzender

Wie gesagt waren die Mitglieder des Sozialausschusses zu dieser Sitzung ebenfalls eingeladen. Der Vortrag von Herrn **Gutmann** und Frau **Bräutigam** war sehr interessant.

Es wird vorgeschlagen, dass hierzu die Mettnau-Schule um die Ausrichtung einer allgemeinen Infoveranstaltung für Interessierte gebeten wird, denn das Thema betrifft nicht nur den Sozialausschuss und den Kulturausschuss, sondern viele weitere Interessierte. Ggf. könnte auch eine Vertreterin des GLKN eingeladen werden. Die Mitglieder des Kreistags werden rechtzeitig über die Veranstaltung informiert.

Zudem erhalten die Mitglieder des Sozialausschusses auch die Unterlagen zu den Vorträgen.

Kreisrätin **Happle-Lung**

Vielen Dank, dass dies nochmals erwähnt wird. Ich selbst konnte den Termin ebenfalls nicht wahrnehmen. Ich hätte allerdings einen ganzen Fragenkatalog formuliert und habe daher gehofft, dass dieses Thema nochmals beraten werden wird.

Der Vorschlag ist gut und es wäre erfreulich, wenn dieser Bericht nochmals vorgestellt werden würde.

Nach eigener Sicht ist bei dieser Reform noch einiges im Argen und es wurde auch nicht wirklich an die Wurzel herangegangen.

Vorsitzender

Dies kann nicht bewertet werden. Es kann lediglich beschrieben werden, welches Verfahren es bisher gab und welches Verfahren zukünftig gewählt werden wird. Richtig ist, dass eine Einheitsausbildung vorgesehen ist, die im Zweifel aber gar nicht stattfindet, weil das dritte Jahr besonders ausgestaltet wird. Zudem werden Kriterien

aufgestellt, die nach eigener Meinung sehr unbefriedigend sind.

Der Kultur- und Schulausschuss war begeistert darüber, was die Mettnau-Schule einbringen möchte. Vom Gesetz her sieht es eher danach aus, dass man etwas Tolles machen wollte, was aber nicht richtig gelungen ist. Vorstellung und Realität klaffen auseinander. Die Frage ist auch, wie die neuen Stellen alle besetzt werden sollen. Das ist alles ein bisschen schwierig.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Dass die Schule berichtet, war ein Antrag des Kultur- und Schulausschusses. Dieser Bericht wurde bereits seit einem halben Jahr erwartet. Das war die erstmögliche Chance, erste Ergebnisse zu erhalten.

Die gesamte neue Richtung in der generalisierten neuen Ausbildung ist im Fluss. Vieles ist noch nicht zu Ende durchdacht und beschlossen und es werden noch Erfahrungen gesammelt. Es läuft darauf hinaus, dass die Schule das eine oder andere ausprobieren wird. Man muss auch noch in Erfahrung bringen, wie die Auswahl der jungen Menschen (Alten- oder die Krankenausbildung) erfolgen wird. Diese Erfahrungen müssen erst noch gesammelt werden.

Das Thema wird daher in absehbarer Zeit wieder im Ausschuss vorgestellt. Der Schulleiter, Herr **Gutmann**, sagte auch ausdrücklich, dass da noch einiges im Fluss sei. Es wird aber darum gebeten, dass die eingeleiteten Maßnahmen nicht von vorneherein ins Negative gezogen werden. Das tut der Sache nicht gut, denn es besteht ein gemeinsames Interesse daran, dass die Ausbildung so verändert wird, dass möglichst mehr junge Menschen daran teilnehmen und dass man dadurch dann die Anforderungen der Gesellschaft in den nächsten Jahren besser bewältigen kann.

Vorsitzender

In der Zielsetzung ist man sich absolut einig, vermutlich nicht nur als Kultur- und Schulausschuss, sondern als gesamter Kreistag. Der Weg dorthin ist allerdings schwierig. Wenn man gesehen hat, wie bisher mit einer Einheitsausbildung gestartet wurde muss man heute feststellen, dass diese gar nicht mehr stattfindet. Es trifft auch zu, dass noch einiges im Fluss ist.

Es wäre trotzdem gut, wenn wir diese Veranstaltung mit der Mettnau-Schule und dem GLKN, in Person von Frau **Dr. Schiffer**, machen würden.

Kreisrat **Volz**

Im neuen Gesetz steckt auch sehr viel Gutes. Die Berufsverbände haben dies sehr kritisch gesehen. Die Wohlfahrtsverbände waren etwas gespalten. Natürlich ist es eine „holprige Geburt“ geworden. Die ist nun plötzlich da und man hat die Grundlagen dafür noch nicht geschaffen.

Ähnlich war es bei der Einführung des „G8“. Das ist ein ähnliches Phänomen und weshalb sollte es jetzt bei der Krankenpflege anders sein?

Meine Mitarbeiter wären froh gewesen, wenn sie solch eine Ausbildung gehabt hätten. Es geht hier auch um Aufstiegsmöglichkeiten und um eine entsprechende Bezahlung.

Es wird daher davor gewarnt, bereits im Voraus alles schlechtzureden. Man sollte erst einmal genauer hinschauen und abwarten, was herauskommen wird. Ggf. ist es auch noch etwas zu früh, um damit in den Sozialausschuss zu gehen.

Vorsitzender

Dazu wird es keine Ausschusssitzung geben, sondern eine Informationsveranstaltung an der Mettnau-Schule.

Kreisrat **Volz**

Aber ist dies nicht evtl. noch zu früh?

Vorsitzender

Dazu werde ich mich noch erkundigen. Entweder wird dies dann verschoben oder im Zweifel einfach nochmals vorgestellt. Das Thema ist jedenfalls sehr wichtig.

Die eigentliche Kritik war, dass ursprünglich geplant war, eine Einheitsausbildung zu machen, damit am Schluss möglichst jeder alles machen kann. Dann wurde festgestellt, dass es zwischen der Psychiatrie und der Arbeit einer Kinderkrankenschwester einen gewissen Unterschied gibt.

Nun ist es geplant, zwei Jahre lang eine allgemeine Ausbildung anzubieten und im dritten Jahr zu spezialisieren. Wer sich im dritten Jahr aber auf ein bestimmtes Gebiet spezialisiert hat, kann im Berufsleben dann nicht mehr das andere Gebiet wählen. Dann werden wieder zusätzliche Weiterbildungen benötigt.

Ob es ein politischer Kompromiss ist zwischen der „reinen Lehre“ und dem, was gesellschaftlich und verbandsmäßig durchsetzbar ist, wird man sehen.

Die Mitglieder des Kreistags werden rechtzeitig über die Veranstaltung informiert.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen diesem Vorschlag ohne förmliche Abstimmung zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:25 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Heinz Brennenstuhl

Udo Engelhardt

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann